

# Christlich-Demokratische Union

## -Fraktion im Rat der Stadt Telgte –

An den  
Vorsitzenden des Finanzausschusses  
Herrn Karl Berger  
Baßfeld 4-6  
48291 Telgte

24.01.2016

Mit der Bitte um Weiterleitung an:

Frau Sabine Grohnert – BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN  
Frau Karin Horstmann – Freie Demokratische Partei  
Herrn Klaus Resnischek – Sozialdemokratische Partei Deutschlands

### **Antrag der CDU-Fraktion zur Sitzung des Finanzausschusses am 02. 02. 2016**

Thema: Kostenerstattungen des Landes NRW für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in 2016

Seite: 123  
Zeile: 6

**Beschlussvorschlag: Der Bürgermeister wird beauftragt, über die kommunalen Spitzenverbände und gegebenenfalls weitere geeignete Schritte (Rechtsweg) eine deutliche Verbesserung der Zuweisungen des Landes NRW für die Unterbringung von Flüchtlingen zu erreichen.**

Am 16.12.2015 haben sich die kommunalen Spitzenverbände und die Landesregierung auf die Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung für die kommenden Jahre geeinigt. Der Kern dieser Vereinbarung besagt, dass den Gemeinden pro Jahr und Flüchtling ein Betrag von 10.000 Euro zur Verfügung gestellt werden soll. Für die Jahre ab 2017 ff. wird eine personen- und zeitraumscharfe Abrechnung angekündigt. Für das Übergangsjahr 2016 wird diese Pauschale an Hand des normierten Schlüssels nach § 4 FlüAG (90 % Einwohnerzahl, 10 % Fläche) berechnet. Durch diese Berechnung erhält die Stadt Telgte nach Angaben der Verwaltung für das Jahr 2016 lediglich einen Betrag von 5610 Euro. (Im Schnitt 600 Flüchtlinge bei einer erwarteten Zuweisung von 3.367.000 Euro) Da in NRW nach Angaben der Landesregierung 10.000 Euro pro Jahr und Flüchtling für die Gemeinden zur Verfügung stehen, kommt es hier offensichtlich zu einer Benachteiligung der Stadt Telgte und anderer Gemeinden, die vermutlich überproportional Flüchtlinge aufgenommen haben. Nach Presseberichten haben größere Städte weniger Flüchtlinge aufgenommen als sie nach der aktuellen Verteilerstatistik der Bezirksregierung Arnsberg aufnehmen müssten. Die Stadt Köln hat beispielsweise 5700 Flüchtlinge weniger aufgenommen als vorgesehen. Die hieraus resultierende finanzielle Ungerechtigkeit ist völlig inakzeptabel.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Boge